

Datenschutzrelevante Hinweise gemäß den Informationspflichten nach Art. 12 - 14 der Datenschutz-Grundverordnung

Die Gemeinde Schmelz erhebt Daten im Zusammenhang mit der Besetzung der Wahlvorstände in den Wahllokalen zu der Bundestagswahl am 26. September 2021 entsprechend den gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Vorschriften.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Bürgermeister Wolfram Lang als Vertreter der Gebietskörperschaft

2. Verantwortliche Stelle

Wahlamt der Gemeinde Schmelz, Ansprechpartnerin: Fr. Pusse, E-Mail: wahl@schmelz.de

3. Beauftragter für den Datenschutz

Externer Datenschutzbeauftragter: Herr Hans-Jürgen Kiefer, ASZ GmbH,
Email: datenschutz@schmelz.de

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Durch die Erhebung und Haltung von personenbezogenen Daten der Mitglieder der Wahlvorstände in den Wahllokalen soll sichergestellt werden, dass die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl im Wahlgebiet gewährleistet wird. Die Wahlorgane werden vor jeder allgemeinen Neuwahl und längstens für die Dauer einer Wahlperiode der Vertretung bestimmt. Sie üben ihr Amt bis zur Berufung der neuen Wahlorgane aus. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a und e DSGVO in Verbindung mit § 9 Bundeswahlgesetz und §§ 6 und 7 Bundeswahlordnung in der jeweils geltenden Fassung, verarbeitet.

5. Kategorien von personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Vorname, Nachname, Anschrift, Telefonnummer (Mobil-Nr.), E-Mail, Geburtsdatum

6. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Zur Erfüllung dieser Aufgabe dürfen Ihre Daten an den Bürgermeister der Gemeinde und an den Bereich Wahlen weitergegeben werden. Im Übrigen werden Ihre Daten nur dann weitergegeben, wenn hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht oder Sie darin eingewilligt haben.

7. Herkunft der Daten

Benennung von Personen durch die Parteien und Wählergruppen sowie aus Verzeichnissen von früheren Wahlen. Des Weiteren werden die Daten der Bediensteten öffentlicher Arbeitgeber erhoben.

8. Dauer der Speicherung

Die Daten der Wahlhelfer/innen, die von den Parteien oder Wählergruppen benannt werden, dürfen für die Dauer der Wahlperiode bis zu den nächsten Wahlen verarbeitet werden, sofern der Verarbeitung der persönlichen Daten nicht widersprochen wird (siehe Nr. 10).

9. Betroffenenrechte

Jede von einer Verarbeitung betroffene Person hat nach Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) **Recht auf Auskunft** (Artikel 15 DSGVO) über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung
- b) **Recht auf Berichtigung** (Artikel 16 DSGVO) wenn die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten wird oder diese unrichtig oder unvollständig sein sollten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung bis die Berichtigung durchgeführt wurde.
- c) **Recht auf Löschung** (Artikel 17 DSGVO) der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht,

wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.

- d) **Recht auf Einschränkung** (Artikel 18 DSGVO) der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO).
- e) **Recht auf Datenübertragbarkeit** (Artikel 20 DSGVO) Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird
- f) **Widerspruchsrecht** (Artikel 21 DSGVO) gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet

10. Widerrufsrecht bei Einwilligungen (Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Daher haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, die Einwilligung bei der Verantwortlichen Stelle jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen).

11. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde - Unabhängiges Datenschutzzentrum Saarland, Fritz-Dobisch-Str. 12, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681/ 947810, E-Mail: poststelle@datenschutz.saarland.de -, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.